

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.03.2017  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus,Wappensaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:31 Uhr bis 17:59 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Ausschussvorsitzende
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 16:40
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 16:39
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 17:26
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Dr. Wöllenweber bis 17:56
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähniq	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Senius ab 16:36
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Dr. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin, ab 16:35
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner, bis 17:34
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Andrea Simon	Controllerin Geschäftsbereich IV
Cornelia Thränhardt	Teamleiterin Service, Fachbereich Gesundheit
Jenny Dautermann	stellv. Protokollführerin

### **Gäste**

Jan Kaltoven	Geschäftsführer Jobcenter Halle
Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle

### **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Haupt** informierte die Mitglieder über eine Dringlichkeitsvorlage: **Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2017 pflichtiger Bereich Vorlage: VI/2017/02845.**

**Frau Haupt** bat um Abstimmung der Dringlichkeit zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis :** mit 2/3 Mehrheit zugestimmt

Die Vorlage wird unter TOP 4.1 behandelt.

Weiterhin schlug **Frau Haupt** vor, die Mitteilung **7.3 Bericht zum aktuellen Stand Flucht und Asyl** nach dem Tagesordnungspunkt 3.1 zu behandeln.

Es gab keine Einwände und **Frau Haupt** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis Stadträte:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner:** einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 09.02.2017
- 7.3. Bericht zum aktuellen Stand Flucht und Asyl
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2017 pflichtiger Bereich  
Vorlage: VI/2017/02845
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bildung und Teilhabe - Jahresabschlussbetrachtung 2016 der Stadt Halle (Saale)
- 7.2. Arbeitsmarktbericht des Jobcenters
- 7.4. Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Herr Peinhardt zum Haus der Wohnhilfe
- 8.2. Herr Helmich zum Bio Abendmarkt
9. Anregungen

### zu 3 Genehmigung der Niederschrift

---

#### zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 09.02.2017

---

**Abstimmungsergebnis Stadträte:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner:** einstimmig zugestimmt

#### zu 7.3 Bericht zum aktuellen Stand Flucht und Asyl

---

**Herr Paulsen** schilderte, die aktuelle Situation in der Stadt Halle. Derzeit befinden sich 6500 Menschen mit Fluchthintergrund in der Stadt, davon sind 4700 Personen anerkannte Flüchtlinge und 800 Personen noch im laufenden Verfahren. Im Jahr 2016 wurden ca. 1000 Personen der Stadt Halle zugewiesen, derzeit sind es ca. 30 pro Monat und 170 unbegleitete minderjährige. Die Landesaufnahmeeinrichtung am Riebeckplatz wird im März 2017 geschlossen. Die derzeitigen Prognosen für das Land Sachsen-Anhalt belaufen sich auf ca. 5000 Personen, von denen dann die Stadt Halle 11 % zugewiesen bekommt.

**Herr Schachtschneider** fragte, wie der Stand der Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Übernahme der Kosten für die leerstehenden Unterkünfte ist.

**Herr Paulsen** sagte, dass das Land signalisiert hat, die Kosten zu übernehmen.

**Herr Schachtschneider** fragte, bis wann die Personen als unbegleitete Minderjährige gelten.

**Frau Brederlow** sagte, dass diese nach dem SGB VIII bis zum 18. Lebensjahr als minderjährig gelten.

**Frau Dr. Schöps** fragte, ob in Halle Gesundheitseinrichtungen auf Ihren Kosten sitzen bleiben.

**Herr Paulsen** sagte, dass ein Großteil der Kosten bereits erstattet wurde. Es gibt noch Diskussionen mit dem Land bezüglich weiterer Kosten der Landesaufnahmeeinrichtung. Das Elisabethkrankenhaus wird nicht auf Kosten sitzen bleiben.

**Frau Dr. Wünscher** sagte, dass im Finanzausschuss davon ausgegangen wurde, dass das Land die Kosten für die vorzeitige Beendigung des Vertrages Robinienweg trägt. Sie fragte, wie der aktuellste Stand zu diesem Thema ist. Weiterhin wurde im Finanzausschuss dargelegt, dass 1,1 Millionen Euro der Kosten für alle Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit Flüchtlingen erbracht wurden, bei der Stadt verbleiben.

**Herr Baus** sagte, dass eine schriftliche Aussage des Landes zur Übernahme der Kosten vorliegt. Weiterhin wies er darauf hin, dass Herr Bürgermeister Geier im Finanzausschuss zu den finanziellen Auswirkungen regelmäßig berichtet. Die Kosten werden unter dem Punkt „Gemeinschaftsunterkünfte“ dem Land in Rechnung gestellt. Insgesamt äußerte sich Herr Baus, dass die sogenannten primären Kosten zu fast 100 % gedeckt werden. Dies betrifft allerdings nur den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes.

**Frau Brederlow** sagte, dass es einen Unterschied zwischen den Erstattungen, von denen Herr Baus eben gesprochen hat gibt und den Leistungen, die nicht erstattet werden. Frau Brederlow sicherte eine Weitergabe an Herrn Geier zu, sodass die unterschiedlichen Aufwendungen und Erstattungen detailliert im Finanzausschuss dargestellt werden können.

**Frau Haupt** fragte, was unternommen wird um die Bearbeitungszeiten zu verkürzen.

**Herr Paulsen** erklärte, dass das Personal auf 11 Mitarbeiter aufgestockt wurde. Derzeit sind die ersten freien Termine im Juni. In dringenden Fällen sollen kurzfristige Termine möglich sein.

#### zu 4 **Beschlussvorlagen**

---

##### zu 4.1 **Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2017 pflichtiger Bereich** **Vorlage: VI/2017/02845**

---

*gem. § 33 KVG LSA befand sich Herr Rothe im Mitwirkungsverbot.*

**Frau Dr. Schöps** fragte, warum die Anträge nicht in Ihrer vollen Höhe bewilligt wurden.

**Frau Thränhardt** erklärte, dass im Haushalt keine ungeraden Zahlen stehen und aus diesem Grund bei den Anträgen abgerundet wird. Sie sagte, dass die Träger die Vorgehensweise kennen.

**Herr Schachtschneider** fragte, wie viel Personalstelle der Suchtpräventionskraft unterstützt wird.

**Frau Brederlow** sagte, dass der Träger entscheiden kann für wie viele Stunden eine Suchtpräventionskraft beschäftigt wird. Die Unterstützung beträgt 25.000 Euro durch die Stadt und 25.000 Euro durch das Land.

**Abstimmungsergebnis Stadträte:** **einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die in der Anlage ausgewiesenen Fördersummen für die Suchtberatung (pflichtiger Bereich) des Produktes 1.41431.

#### zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## zu 7 Mitteilungen

---

### zu 7.1 Bildung und Teilhabe - Jahresabschlussbetrachtung 2016 der Stadt Halle (Saale)

---

*Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.*

**Herr Schachtschneider** fragte, warum die kulturelle Teilhabe rücklaufend ist. Er sagte, dass es kaum eine Kostenübernahme bei Schülerbeförderungskosten gibt.

**Frau Simon** sagte, bei dem Angebot Schülerbeförderung bildet die Satzung der Stadt Halle (Saale) die Grundlage. Damit erfolgt die Kostenübernahme im Rahmen der Satzung. Übernommen werden bei vorliegender Voraussetzung die Eigenanteile bei den Schülern ab Klasse 11 im Rahmen von Bildung und Teilhabe.

**Frau Winter** ergänzte zur kulturellen Teilhabe, dass die Eltern sowie die Träger der Jugendhilfe angaben, dass zum Beispiel die Anschaffungskosten für ein Musikinstrument zu teuer sind.

**Herr Schied** fragte, wann die Erstbezieher den Antrag oder einen Hinweis auf Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten.

**Frau Grummisch** sagte, dass der Antrag auf vielen Wegen zum Kunden gelangen kann. Der Kunde bekommt ihn im Servicecenter, in der Eingangszone oder auch im Internet. Die Bearbeiter der Leistung für Bildung und Teilhabe sind in einem anderen Gebäude ansässig, wo man direkt den Antrag stellen kann. Weiterhin sind die Leistungen bei Bildung und Teilhabe unterschiedlich und es gibt keinen Antrag, der alles beinhaltet.

**Herr Kaltoven** sagte, dass in der Begrüßungsmappe eine Information zu Bildung und Teilhabe ist.

**Frau Roth** erklärt, dass bei Migrationsprojekten immer Mitarbeiter vom Jobcenter, die die Leistungen von Bildung und Teilhabe vorstellen, anwesend sind.

**Frau Haupt** fragte, wie Flüchtlinge, die noch nicht im Regelbezug sind, Leistungen für Bildung und Teilhabe beantragen können.

**Frau Winter** sagte, dass der Anspruch nach Asylbewerberleistungsgesetz gegeben ist.

### zu 7.2 Arbeitsmarktbericht des Jobcenters

---

*Unterlagen sind im Session hinterlegt.*

**Herr Kaltoven** stellte die Mitteilung vor.

#### **zu 7.4      Themenausblick für zukünftige Sitzungen im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

---

**Frau Dr. Schöps** bat um einen Sachstandsbericht zum Suchtpräventionskonzept im II. Quartal.

**Frau Haupt** teilte mit, dass sie die Beschlussvorlage „Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Verwaltungszentrums in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt“ im Ausschuss beraten möchte. Dem schlossen sich die Ausschussmitglieder an. **Herr Bönisch** fragte, ob es ein Konzept des GB IV für den Verwaltungsstandort gibt.

**Frau Brederlow** sagte, dass bereits eine Präsentation dazu gehalten wurde und weitere Analysen vom GB IV nicht geplant sind.

**Herr Dr. Ali** schlug für das II. Quartal vor, dass der Verband der Migranten seine Projekte und vor allem das Projekt „House of Resources“ vorstellt.

**Herr Kieslich** fragte, ob der internationale Tag gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit am 17. Mai und nicht am 21. Mai stattfindet.

#### **zu 8            Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

##### **zu 8.1        Herr Peinhardt zum Haus der Wohnhilfe**

---

**Herr Peinhardt** fragte, wie hoch 2016 die Auslastung im Haus der Wohnhilfe nach Notschlafstellen, Familienunterbringung und normaler Belegung war. Er bat um die Darstellung der Zahlen in Monatsscheiben mit und ohne Bereinigung der Flüchtlingszahlen 2016. Weiterhin bat er um die Darstellung der Dauer der Belegungszeit pro Person seit deren Aufnahme in der Einrichtung 2016.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

##### **zu 8.2        Herr Helmich zum Bio Abendmarkt**

---

**Herr Helmich** fragte nach dem Turnus der Kontrollen des Bioabendmarktes (Häufigkeit der Kontrollen von 2015 und 2016 sowie Zahl der Beanstandungen).

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 9      Anregungen**

---

Anregungen wurden nicht gegeben.

**Frau Haupt** beendete den öffentlichen Teil.

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Jenny Dautermann  
stellv. Protokollführerin